

Pfemfert sagen, wir stehen in der Dritten Internationale eben nicht, weil wir glauben, daß die Dritte Internationale nicht mehr zu ändern ist, sondern wir sehen sie bereits in vollkommener Änderung begriffen, ob man das bestreitet oder nicht; und man hier als Beispiel anführt, was die Schweizer Genossin sagt, oder ob das so ein Beweis dafür sein sollte, wie es aussieht in der Dritten Internationale - das besagt garnichts, das heißt eben Dinge, die einmal gesagt sind, niemals vergessen, sie starr sehen, sie nicht in Fluß sehen. Wir glauben, daß diese Dinge in Fluß begriffen sind, daß die Dritte Internationale zu ändern ist, daß es unsere Pflicht ist, jede Position auszunutzen und rücksichtslos auszunutzen durch den Zusammenschluß auch der Opposition, durch den Anschluß an die Opposition in Rußland; und das sehen wir nicht als Landesverrat oder Einmischung in fremde Angelegenheiten an, sondern diese Angelegenheit ist eine Klassenangelegenheit, eine internationale Klassenangelegenheit. Wir haben die Pflicht, uns in diese russischen Verhältnisse einzumischen. Genosse Happsprach dann von der sogenannten doppelten Einstellung, die wir haben müssen. In unserer Presse findet er immer und immer wieder, daß das Leitmotiv unserer ganzen Politik das doppelte ist, die Auslösung der höchsten Aktivität, ohne den Gedanken der Selbstbewußtseinsentwicklung nur einen Augenblick aus dem Auge zu verlieren. Dafür kämpfen wir. Das ist ja unser Programm. Das hat der Genosse Happ hier nicht neu entdeckt. Das sind Selbstverständlichkeiten, wobei ich allerdings eine Einfügung machen möchte. Ich wünsche, daß das Wort "Selbstbewußtseinsentwicklung" nicht auch schon anfangs, zu einer Art abgedroschenem Schlagwort zu werden (sehr gut!), zu einem Wort, das man in seinem wirklichen Wert nicht mehr erkennt. Was in Ostsachsen usw. passiert aus dieser Einstellung auf die sogenannte Selbstbewußtseinsentwicklung, das sehen wir daran, daß sie die Selbstbewußtseinsentwicklung verwechseln mit dem Selbstbewußtsein der einzelnen Person, d.h., mit dem übertriebenen autonomen Gefühl der einzelnen Persönlichkeit. (Sehr gut!) Das muß aufhören. Wir müssen jetzt anfangen, diesen Begriff schärfer und klarer zu formulieren. Wir werden gut tun, uns mehr und mehr daran zu gewöhnen, diese Selbstbewußtseinsentwicklung auszusprechen als die Klassenentwicklung, als die Klassenbewußtseinsentwicklung. Dann ist die Gefahr vermieden, daß wir unter Selbstbewußtseinsentwicklung wieder zum Individualismus kommen und nicht zur sozialistischen Auffassung, eben zur Klassenbewußtseinsentwicklung.

Man kann sich natürlich in alle möglichen politischen Kombinationen darüber einlassen, was eintreten wird, wenn die Macht errungen wird. Ich

gestehe offen, man braucht dabei garnicht zimperlich zu sein. Für meine Person stehe ich, wenn wir in einer Lage wären wie die russischen Bolschewickis in Rußland gewesen sind, würde ich genau wie diese für die Parteidiktatur, wie sie in Rußland ist, mit eingetreten sein. (Genosse Pfemfert: Hört, hört! - sehr richtig!) Wir wollen nicht zimperlich sein und uns ganz ruhig und offen sagen: wenn im Laufe der Revolution Situationen eintreten, in der der Kampf geführt werden muß und wir auch in eine schiefe Lage irgendwie kommen könnten, daß sie um der Möglichkeit einer schiefen Lage willen oder eines schiefen Ansehenwollens von ein paar Leuten, die von der Seite über die Reinheit wachen - daß wir um dieser schiefen Lage willen nicht den Kampf selbst aufgeben dürfen, sondern ihn führen müssen. Und aus diesem Gesichtspunkt heraus können sich natürlich alle möglichen Kombinationen ergeben. Wenn wir z.B. die politische Macht erringen - bloß eine Kombination! -, dann kann es sein, daß wir allein überhaupt nichts machen können, wenn wir etwa in der allernächsten Zeit sehen, wir sind viel zu wenig, um etwa das Ganze leiten zu können. Es wird also nur eine ungleich größere Masse sein. Wir können sagen, wenn wir heute aktive Parolen herausgeben, daß etwa hinter unserer kleinen Zahl, sagen wir, rund eine halbe Million Proletarier bereitstehen würden. Je nach der politischen Situation, nach der Zeit, in der wir hervortreten, ist aber die Möglichkeit gegeben, daß mit der Erringung der Macht bereits unsere Parolen eine solche Gewalt haben, daß hinter uns dann im Kampfe drei, vier, fünf Millionen Leute stehen. Danach werden sich die Aufgaben, die konkreten Tagesaufgaben unserer Partei einzustellen haben. Das sind Selbstverständlichkeiten. Andererseits aber dürfen wir aber nicht das Beispiel, das die Bolschewisten in Rußland gegeben haben, mit unseren Verhältnissen vergleichen. Die Bolschewickis hatten in Rußland ganz andere ökonomische, politische Verhältnisse, unter denen sie kämpften. Ich glaube, daß wir in Deutschland nicht eher an die Macht kommen werden, bis nicht die Parteidiktatur, die dann eintreten könnte, sich mit der Klassendiktatur deckt, d.h., daß der fortgeschrittenste Teil des Proletariats soweit von den anderen Proletariern gedeckt wird in ihrem Kampfe, daß man von einer Parteidiktatur garnicht sprechen kann. (Sehr richtig!) Nun, sage ich, soll man hieraus als Selbstverständlichkeit keine Abweisung des Kampfes nach der Eroberung der Macht und dergleichen schließen, aber nicht dazu kommen, allzu sehr mit diesen Gesichtspunkten zu spielen. Und wenn Genosse Schwab darauf kam, daß die Diktatur des Proletariats der bewaffneten Macht bedarf, dann schränkte er das vorhin dahin ein, daß er

ganz recht sagte, wir können uns ganz unmöglich auf eine Parteigarde stützen, wir müssen uns wahrscheinlich auf den größten Teil der bewaffneten Betriebe stützen. Das ist ganz kühl, nüchtern aus der Erwägung heraus, daß man eben nicht existieren kann, daß wir in Westeuropa nicht zu einer reinen Parteidiktatur, wie sie etwa in Rußland ist, kommen können. Nur eins, Genossen! Das alles ist verständlich und vollkommen begreiflich. Wir werden uns nicht in die Haare bekommen über die Dinge, was die Partei nach der Eroberung der Macht tun soll. Aber eins - da hört für mich wenigstens der Spaß auf. Wenn ich solche Dinge wie bei Genosse Happ höre, dann wird bei mir der Gedanke wach, daß man um gewisser Erwägungen politischer Natur willen, rein taktischer Natur willen an den Grundprinzipien unserer K.A.P.D. an den Grundprinzipien des ganzen Geistes, aus dem heraus wir kämpfen, anfängt zu rütteln. (Zuruf: Nein, nein!) Wenn man nur sagt, wir sollen uns dabei nicht so ängstlich haben, ob wir uns da ganz rein oder so erhalten wollen, so kann das leicht mißverstanden oder doppelt verstanden werden. Wir können uns nie ganz rein erhalten in dem Sinne, daß wir nicht ununterbrochen abstoßen müssen, uns reinigen müssen, uns selbst verständigen müssen usw. Aber wir müssen uns, was unsere programmatische Einstellung betrifft, ganz klar und ganz rein gegenüber dem Gedanken der Parteidiktatur verhalten. Unter einzelnen taktischen politischen Erwägungen darf uns der gesamte Gesichtspunkt unseres großen Zieles, die Klassendiktatur des Proletariats, nicht einen Augenblick verloren gehen. (Sehr gut!) Mag nach dem Siege dieser oder jener von uns aus irgendwelchen Möglichkeiten heraus für uns verloren gehen, das wird nicht hindern, daß unsere Partei als politische Organisation weiter existiert und weiter die Aufgaben, die Fortsetzung der Aufgaben zu erfüllen hat, die sich jetzt aus ihrem Programm heraus zunächst nur theoretisch sehen lassen. Sonst würden wir die Partei mit der Regierungspartei, mit dem Kommunismus verwechseln. Wir werden bestehen bleiben, wie die russische bolschewistische Partei in Rußland bestehen bleibt und am praktischen jetzt bereits zu sehen ist, wie innerhalb dieser Partei der Kampf gegen die führenden Parteigenossen, die staatspolitischen Parteigenossen aus der Partei heraus beginnt. Es ist hoch interessant, diese Dinge in Rußland zu beobachten, wie bereits aus den Gewerkschaften heraus und unter einer Parteidiktatur in Rußland, die sehr schwer ist und die nur der ernststen Opposition Raum gibt, nicht den Narren (sehr richtig!) - ich sage, es ist sehr schwer dort - nur dann, wenn man etwas zu sagen hat, kann man sprechen - aber trotzdem wird gerade der Kampf von den Betrieben, von den Arbeitern in

den Betrieben, von den Gewerkschaften aus der Partei heraus geführt zu werden beginnen um die Prinzipien eigentlich, die sich aus unserem Programm heraus ergeben, um die Räte, um die Einheitsorganisation. (Sehr gut!) Das ist Folgerung aus dem Kampf der Gewerkschaftsleute um die Eingliederung zunächst in den Staatsapparat usw. Ich bin mit dem Genossen Schwab vollkommen damit einverstanden, wenn er um der Klarheit willen am liebsten den Begriff "Einheitsorganisation" auch aus der Union verschwinden sehen möchte. Er sagt, daß man sich nur ein etwas nebelhaftes Bild unter der Einheitsorganisation als Ziel vorstellen kann. Das will mir nicht ganz richtig erscheinen. Ich meine, daß der Begriff der klassenlosen Gesellschaft von einem etwas schleierhaften Bilde umgeben ist. Er ist abgebraucht durch die alte Sozialdemokratie. Er muß von uns mit neuem Inhalt gefüllt werden. Für uns deckt er sich letzten Endes mit dem Begriff Einheitsorganisation. Aber die Einheitsorganisation beginnt anders als eben die Propaganda der klassenlosen Gesellschaft, für uns sofort eine konkrete Handlungsweise zu verlangen, d.h., die Einheitsorganisation als die Räteorganisation, die als Vollendung die klassenlose Gesellschaft bedeutet, liegt heute aus dem Prozeß der Revolution heraus vor uns als konkrete Aufgabe, nämlich als Schaffung von Räteorganisationen, Auslösung von Betriebsorganisationen. Hier gewinnt die Forderung der Einheitsorganisation eben der Räte bereits ein praktisches momentanes Ziel. Und diese Zielrichtung sagt uns, daß die Partei unter Klärung des Begriffs Einheitsorganisation soweit gehen soll, daß nicht nur die Union, wenn sie den Begriff geklärt hat, sondern geradezu die Partei selbst zeigen soll, daß sich aus Konsequenz ihres Programms die Forderung dieser Einheitsorganisation ergibt und daß sie konkret dafür eintritt mit jedem Tag, indem sie für die Auslösung von Betriebsorganisationen und Räteorganisationen kämpft. Und das propagiert die Partei nicht nur, sondern das tut sie einfach schon jeden Tag und solange sie existiert. Mit scheint das so zu sein, daß, unbeschadet dessen, wie im Augenblick der Eroberung der Macht die Situation aussieht - aber eins ist klar: wir als politische Organisation haben mit dem Siege des Proletariats darauf zu dringen, daß die politischen Räte gewählt werden, daß die wirtschaftlichen Räte gewählt werden. Es wird sich eine politische Räteorganisation, eine wirtschaftliche Räteorganisation aufbauen. Und wir haben als Partei, abgesehen von dem, was sonst noch nebenbei an Tagesaufgaben passiert, unbedingt darauf zu dringen, daß diese politischen Räte als Räte ihre Aufgabe erfüllen. Sie haben ununterbrochen für die Reinigung dieser Räte zu sorgen mit Worten und Taten, mit allem,

was wir tun können, denn praktisch wird die Sache so sein: in den Räten wird wahrscheinlich mehr V.K.P.D. und sonst etwas sein als K.A.P.D. Deshalb besteht unsere Partei als politische Organisation. Deswegen hat sie die Aufgabe, mit aller Kraft zu verhindern zu suchen, daß die Räteorganisation gleich zu einer Räte-Bürokratie erstarrt. Und in dem weiteren Prozeß erwachsen ihr neue Aufgaben. Ob diese unter Umständen darin bestehen, eine Parteidiktatur, die dann von der V.K.P.D. usw. dann eintreten könnte, zu stürzen, ob ihr die Aufgabe erwächst, bloß mehr propagandistisch zu vertreten die Lehre: Zusammenlegung der politischen und wirtschaftlichen Räte - das wird alles von dem Augenblick und der Situation und der Zeit abhängen, in der wir stehen werden; darüber können wir uns nicht unterhalten. Wir müssen diese Räte mit K.A.P.D.-Geist durchdringen. Wenn wir jetzt in diesen Kämpfen hier stehen, dann ist für uns ganz klar, daß wir uns unsere politische Organisation nicht nehmen lassen. Wir werden so scharf wie möglich dafür kämpfen. Wir müssen, wenn wir so kämpfen wollen, rücksichtslos aus unseren Reihen jeden hinausweisen, der sich der Parteiverneinung nähert. (Zustimmung) Wir können nicht anders existieren. Wir lassen uns die Partei, unsere politische Organisation deswegen nicht nehmen, weil wir uns den Kampf um die Revolution nicht nehmen lassen wollen. (Lebhafte Zustimmung und Sehr gut!) Wir wollen uns nicht selbst enthaupen. (Sehr gut) Das ergibt als Folgerung zunächst, daß wir diese Leute aus unserer Organisation hinauswerfen müssen. Wie schwer uns das wird - ich will es nicht aussprechen. Wer so viel durchmacht wie unsere Partei, wer weiß, welche Erschütterungen auch das wieder nach sich ziehen wird, wer sich ganz klar darüber ist, daß nach diesem Parteikongreß wieder mit verschärfter Gewalt die Auseinandersetzung zwischen K.A.P.D. und Union beginnen werden und zu Ende geführt werden müssen, der wird begreifen, wie schmerzvoll uns dieser Schnitt sein muß. Aber ich sehe keine Möglichkeit, wir müssen es tun. Und dann bin ich der Auffassung, daß die Frage der Dritten Internationale eine so schwerwiegende Frage der politischen Aktivität unserer Partei, der politischen positiven Leistung unserer Partei ist, daß sie zum Angelpunkt der ganzen weiteren Fortsetzung werden wird. Infolge der Zusammenfassung der Opposition in der Dritten Internationale müßten wir den Kampf um diese Dritte Internationale jetzt propagandistisch in unserer Presse nicht abschwächen, sondern mehr erweitern. Wenn einzelne Parteigenossen der Ansicht sind, jetzt könnte die Sache mit der sympathisierenden Partei aus unseren Zeitungen am besten verschwinden, dann sage ich: jetzt geht erst der Kampf um die Dritte Internationale

auch in unserer Propaganda los. (Sehr richtig!) Darum ist die Frage, wie wir als Sympathisierende stehen wollen oder nicht, von so eminenter Bedeutung. Und wir müssen ganz scharf die Genossen, die in diesem Kampfe nicht ganz mit uns stehen, fragen, ob sie sich den Parteitagsbeschlüssen in dieser Frage fügen wollen oder nicht. (Sehr richtig!) Das ist von schwerwiegender Bedeutung. Aber auch das muß sein. Dabei spielt gar keine Rolle, ob wir wieder aus der Dritten Internationale hinausgeschmissen werden. Dann werden wir ohne Verärgerung, ohne uns in Kleinlichkeiten zu verlieren, genau so kühl und nüchtern und rücksichtslos um die Dritte Internationale weiter kämpfen. Wir werden den Kampf erst aufgeben und um etwas anderes führen, wenn die Dritte Internationale ein vollständiger Haufen versumpfter Zweiter Internationale werden wird. Daran ist kein Gedanke. Dafür sorgen die kämpfenden Proletarier, die jetzt erst in allen Ländern auf den Plan treten. (Zuruf: Verhältnisse!) Wir werden natürlich die Russen und die russischen Führer nicht umkrepeln. Aber wir sind im Prozeß der Entwicklung selbst ein Stück der Änderung der Verhältnisse; und diese Verhältnisse werden die Leute umkrepeln und haben sie schon umgekrepelt.

Wir müssen weiter die Folgerung ziehen, daß wir mehr als bisher trotz der Opposition der Union, wenn sie auch nicht will, uns der Union widmen. Und die Minimalforderung in der Beziehung ist, daß kein Mitglied unserer Partei mehr in den Gewerkschaften sein darf. (Sehr richtig!) Ich kenne das folgende praktische Beispiel: ein Genosse ist 54 Jahre, ganz von unserem Geist durchdrungen. Er muß in der Gewerkschaft sein, denn sonst verliert er seinen Posten. Er sagt: ich habe eine große Familie, ich lebe dann im Elend, ich kann nicht mehr auf die Straße, ich muß dann aus der Partei ausscheiden. Sie sehen die Schwere der Situation. Es gibt viele solcher Fälle. Uns kann die Schwere dieser einzelnen Situation nicht hindern, hier ganz klar die Linie zu ziehen. Ob sich Möglichkeiten ergeben können, in irgendeiner Form als sympathisierende Mitglieder oder sie zu Diskussionen einzuladen und dergleichen, mit ihnen zu arbeiten, die Verbindung mit ihnen nicht zu verlieren, ist eine andere Frage. Aber die Frage der Parteimitgliedschaft als des geschlossensten, klarsten Teils, als des Gehirns der Revolution und des schlagenden Schwertes - diese kann nicht mehr existieren, wenn in ihren Reihen Leute sind, die noch den Gewerkschaften angehören.

Damit bin ich am Schluß. Ich hoffe, daß der Parteitag ein wirklich positives Ergebnis in all diesen Fragen haben wird.

Jetzt nur ein paar Worte für meine Person, und zwar sage ich sie nicht

um meiner Person willen, sondern aus dem Prinzip heraus. Ich sage, wir sollen das, was wir vertreten, auch ganz vertreten. Und weil ich weiß, daß auch in unserer Partei immer noch, natürlich als Übergangserscheinung bei einzelnen, Autoritätsglauben in gewissem Grade vorhanden ist, und weil viele immer noch bei vielen Sachen sagen, da machen es doch einzelne, das schadet nichts, wenn man nur das Ziel nicht aus dem Auge verliert, so sage ich doch, wir wollten auch in allem mit der Tat für diese Dinge eintreten. Als wir begannen zu kämpfen, war in unserer ganzen Partei nur ich, der schrieb, wenn wir jetzt zurückblicken, dann haben wir heute wenigstens 8 ausgezeichnete schreiben könnende Leute in unserer Partei. Als wir zu kämpfen begannen, da hatten wir vielleicht 2, 3 Organisatoren größeren Maßstabs, die aus der Erfahrung heraus Dinge bewältigen konnten. Heute haben wir einen ganzen Stab allertüchtigster Kerle; und immer wieder steigen sie von unten aus den Betrieben heraus auf. Wer gesehen hat von unserem Gründungs-Parteitag an bis heute, wie sich das Bild entschleierte, wie die Köpfe herauftauchen, der wird begreifen. Und da sage ich, in einem solchen Augenblick müssen wir das tun, was wir vertreten, und ich für meine Person werde den Anfang machen. Ich habe bereits alles, was bisher mit solcher verantwortlichen, sagen wir, autoritären Funktion verbunden war, niedergelegt und gedenke absolut und ganz nur in die Reihen der Mitglieder zurückzusteigen und nur hier im Bezirk von unten auf wieder neu zu lernen, mit den Mitgliedern zu arbeiten. Es ist für mich -nehmt es mir nicht übel, ich bin eben Mensch- das größte Opfer, das ich der Partei bringe; ich sage ruhig: Opfer. Ich hoffe, daß es der größte Dienst ist, den ich der Partei leiste. Sie wird es mit einsehen und dann werde ich zufrieden sein. (Bravo!)

Vorsitzender Genosse R a s c h :

Von den bulgarischen Links-Kommunisten ist folgendes Telegramm eingegangen:

"Wir schließen uns Eurer taktischen Stellung an. - Eurer Tagung Brudergrüße. - Die K.A.P.D. wird der Organisator, die Stütze und Führerin der Opposition innerhalb der Kommunistischen Internationale sein im schärfsten Kampf gegen Opportunismus und Parlamentarismus. (Bravo!)

Exekutive der Links-Kommunisten
mit Organ "Iskra Gontschew".

Sie sehen daraus, wie unsere taktische und politische Einstellung überall schon zu wirken beginnt.

Ferner schickt uns der Genosse Pannekoek-Holland folgenden Gruß:

"Ich benutze diese Gelegenheit, um den Genossen der K.A.P.D. meine besten Wünsche zum Parteitag zu schicken. Durch die Diskussion und die Aufstellung der taktischen Prinzipien, die Sie als erste in Westeuropa, mitten im schwersten Klassenkampf durchführen müssen, leisten Sie die Pionierarbeit für den westeuropäischen Kommunismus. Durch Ihre Organe bringt die K.A.P.D. Aufklärung, taktisch wie theoretisch, die der ganzen internationalen Bewegung zugute kommen wird. Daher verfolgen wir Eure Arbeiten mit dem größten Interesse und wünschen Ihnen den besten Erfolg.

Mit kameradschaftlichem Gruß Ant. Pannekoek."

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über folgende beide Anträge:

Antrag von Zwickau:

"Der Parteitag verlangt eine Revidierung betreffs des Zugeständnisses, welches die letzten zwei Delegierten in Rußland gemacht haben, wegen der Aufnahme der K.A.P.D. als sympathisierende Organisation der Dritten Internationale. Wir verurteilen aufs schärfste, daß alle Beschlüsse der Exekutive der Dritten Internationale in unserer Presse veröffentlicht werden müssen."

Dann über einen Antrag Mitteldeutsch.- Nord- Berlin, der aus Anträgen von Mitteldeutschland und Nord zusammengezogen ist:

"Der Parteitag billigt den Anschluß an die Dritte Internationale als sympathisierende Partei unter den beiden bekannten Bedingungen. Er macht es der gesamten Partei wie jedem einzelnen Genossen zur Pflicht, nunmehr auch innerhalb der Dritten Internationale mit aller Schärfe und revolutionären Disziplin den unerbittlichen Kampf gegen jede Reform des illusionistischen Opportunismus und Reformismus weiter zu führen. Sollte die Dritte Internationale an die K.A.P.D. irgendwelche Forderungen stellen, die im Widerspruch mit unserem Programm oder unserer Taktik stehen, so sind dieselben selbstverständlich abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, wieder ausgeschlossen zu werden."

Dieser letzte Antrag wird mit 23 Stimmen angenommen, zwei Stimmen (West-Sachsen) waren für den ersten Antrag abgegeben.

Vorsitzender Genosse R a s c h teilt mit, daß der Wirtschaftsbezirk Stettin-Pommern, der nicht vertreten ist, durch Schreiben erklärt habe, daß er für den Anschluß als sympathisierende Partei sei.

Genosse M a n n s f e l d :

Wir, der Delegierte Westsachsen und der eine Delegierte des Bezirks Mitteldeutschland, haben aus folgender Erwägung für den ersten Antrag gestimmt: wir haben mit Befremden Kenntnis genommen vom Inhalt der Resolution des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale. Getreu dem Rätegedanken und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen, die auf dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands gefaßt worden sind, verzichten wir in aller Form auf die Ehre, vom Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale provisorisch als sympathisierendes Mitglied anerkannt zu werden. Wir vermögen in den Thesen, und den Leitsätzen der Kommunistischen Internationale sowohl wie in den Parteiegebilden, die von ihr anerkannt und gefördert werden, nur Hindernis für den Zusammenschluß des revolutionären Weltproletariats und damit Hindernis für die Entwicklung der Revolution in Westeuropa zu erblicken. Die Vorbedingung für eine internationale Vereinigung der Arbeiter ist die Bildung einer geschlossenen revolutionären Kampffront in den einzelnen Ländern. Diese Front kann nicht eine Parteifront sein. Sie muß auf dem Boden des Räte-Systems durch die Betriebsorganisationen geschaffen werden. Und ebenfalls nach dem Räte-System muß eine Internationale aufgebaut werden, die nicht opportunistische und die mehr als eine dekorative Angelegenheit sein soll.

Vorsitzender Genosse R a s c h :

Wir kommen dann zur Abstimmung der unter 4c (3c?) vorliegenden Anträge. Die Anträge von Nord und Groß-Berlin und Spandau-Osthavelland sind zurückgezogen und dafür ist folgender Antrag gestellt worden:

"Sämtliche Mitglieder der K.A.P.D. haben aus den Gewerkschaften auszutreten und der B.O. beizutreten. Ausgenommen hiervon können Mitglieder sein, die nicht gegen Entgelt beschäftigt sind. Die Kontrolle erfolgt durch die Genossen."

Der Antrag von Pommern ist darin ebenfalls einbegriffen und fällt fort.

Ein Gegenantrag von Karlsruhe liegt in folgender Form vor:

"Die Partei steht nicht auf einem starren Paragraphenstandpunkt, erwartet aber von allen Mitgliedern, daß sie überall, wo die Verhältnisse es gestatten, aus den Gewerkschaften aus- und in die A.A.U. eintreten. Ein Zwang kann nicht ausgeübt werden."

Der dann noch folgende Absatz kann hier auf dem Parteitage nicht zur Abstimmung gelangen, da er die A.A.U. betrifft.

Weiter liegt ein Antrag vom Wirtschaftsbezirk Nord vor:

"Der Parteitag der K.A.P.D. sieht in der Union die Vertreterin der auf die Betriebe sich stützenden Klassenorganisation des Proletariats in der kommenden kommunistischen Gesellschaft. Sie verpflichtet die Mitglieder zu reger Propaganda für die Betriebs-Organisation, erklärt jedoch, daß der Zeitpunkt des Verschwindens der Parteien nicht durch Resolutionen und Reichskonferenzbeschlüsse bestimmt werden kann, sondern eine Frage der historischen Entwicklung ist, daß die Parteien absterben werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllt haben. Dieser Augenblick wird erst eintreten, wenn der proletarische Staat beginnt, sich in die kommunistische Gesellschaft umzuwandeln. Der Parteitag erklärt, alle Bestrebungen, die auf Auflösung der Partei in der jetzigen Zeit hinzielen, mit aller Energie zu bekämpfen."

Genosse M a n n s f e l d beantragt, über diesen Antrag in zwei Abstimmungen abzustimmen, und zwar über den ersten und zweiten Absatz, der beginnt von : "dieser Augenblick wird erst eintreten usw.". Gegen diesen zweiten Absatz müsse er stimmen, könne aber dem ersten Teil zustimmen.

Nachdem sich Genosse H e m p e l gegen die getrennte Abstimmung über diesen Antrag ausgesprochen hat, wird über diesen Antrag insgesamt zuerst abgestimmt, weil er grundsätzliche Dinge enthält.

Dieser Antrag wird mit 23 gegen zwei Stimmen angenommen.

Vorsitzender Genosse R a s c h teilt mit, daß die Wirtschaftsbezirke Stettin-Pommern und Nordwest, die nicht vertreten sind, auf dem Boden dieses Antrages stehen.

Es wird weiter der Antrag vom Bezirk Nord - Spandau-Osthavelland - Berlin mit 24 gegen eine Stimme angenommen der besagt:

"Sämtliche Mitglieder der K.A.P.D. haben aus den Gewerkschaften auszutreten und der B.O. beizutreten. Ausgenommen hiervon können Mitglieder sein, die nicht gegen Entgelt beschäftigt sind. Die Kontrolle erfolgt durch die Genossen."

Der Antrag von Karlsruhe ist damit abgelehnt.
Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Genosse H a p p bemerkt persönlich gegenüber dem Genossen Schröder, daß er, Happ, selbstverständlich auf dem Boden des Parteiprogramms stehe. Genosse P f e m f e r t erklärt persönlich, daß er den Satz: "die Revolution ist keine Parteisache" als die Quintessenz des Parteiprogramms betrachte; und auf dem Boden des Parteiprogramms kämpfe er im Namen der K.A.P.D. für die Entwicklung des Gedankens in den Köpfen der Arbeiter: die Revolution ist keine Parteisache, sondern eine Sache der Klasse des Proletariats als Klasse.

Arbeitslosen-Frage.

Referent Genosse A d a m :

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Schwab hat in seinem Referat die politische und die wirtschaftliche Lage gezeichnet und ist zu dem Schluß gekommen, daß das Gleichgewicht der Klassen so weit durch die Entwicklung nun hergestellt wäre, daß, wenn eine revolutionäre Partei in einer gegebenen Situation die Initiative ergriffe, es vielleicht möglich wäre, durch diese Initiative dieses Gleichgewicht nun vollständig zu machen und den Anstoß zu geben, das Gleichgewicht der bestehenden Klassen zu stören, was vielleicht dann zur Folge hat, daß diese Erschütterung so weitgehende Folgen haben könnte, daß eine Wiederherstellung desselben in Frage steht. Wenn wir uns heute als kommunistische Arbeiter-Partei der Arbeitslosenfrage zuwenden, so können wir es meiner Ansicht nach nur grundsätzlich von diesem Gesichtspunkte aus tun.

Es haben in der Zeit der Revolution fast alle Arbeiter-Parteien Stellung zur Arbeitslosenfrage genommen. Die Stellung der Mehrheitssozialisten ist in kurzen Sätzen die, die im "Vorwärts" in einer ganz kleinen Notiz veröffentlicht worden ist, daß das Problem der Arbeitslosigkeit das Problem wäre, wie es möglich ist, jedem einzelnen Arbeit zu verschaffen.

Damit sind diese Leute am Ende ihres Lateins. Sie stellen fest, daß die Arbeitslosigkeit herrscht, und auch weiter fest, daß vor der Hand keine Möglichkeit besteht, sie zu beseitigen. Sie stellen auch weiterhin fest, daß die Arbeitslosigkeit ein krankhafter Körper innerhalb der Arbeiterbewegung ist und daß die Arbeitslosigkeit von radikalen Elementen ausgenutzt werde zur Störung der gesunden Arbeiterbewegung. Dann ist auf dem Parteitag der V.K.P.D. auch zu der Arbeitslosenfrage Stellung genommen worden. Diese Stellung dort unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der, die die Mehrheitssozialisten einnehmen. Ich werde noch ausführlich darauf zurückkommen.

Es ist selbstverständlich, daß die momentane Krise nicht verglichen werden kann mit einer Krise der kapitalistischen Entwicklung in der aufsteigenden Linie. Früher war die Arbeitslosigkeit nur eine Folge der momentanen Überfüllung auf dem Warenmarkt, die durch eine Überproduktion hervorgerufen wurde. Die Arbeitslosigkeit konnte da aber immer wieder dadurch eingedämmt werden, daß der Gedanke an die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft bei der Arbeiterschaft so stark war, daß der Gesichtspunkt gar keine Kraft gewinnen konnte, die Arbeitslosenkrise auszunutzen. Der springende Punkt war immer der, daß die Entwicklung in aufsteigender Linie begriffen war und daß dem kapitalistischen System in seiner Grundeinstellung doch immerhin noch die Möglichkeit gegeben war trotz allem, die Proletarier mit den nötigsten Gebrauchsgegenständen in ihrer übergroßen Zahl zu versorgen. Durch die kriegerischen Auseinandersetzungen wurden die Kräfte zur Vernichtung der Produktion gebraucht und weiter zur Vernichtung derjenigen Kräfte, die die Produktion erzeugten. Diese Vernichtungstendenz hat wieder eine weitere Verschärfung der Krise dadurch herbeigeführt, daß Werte zerstört wurden, so daß eine Umstellung in die frühere Wirtschaft garnicht mehr möglich war.

Beim formalen Ende des Krieges war nun das Bestreben der Kapitalisten, einen Weg zu finden, der die Arbeiterschaft davon zurückhielt, die kolossale Macht zu erkennen, die die großen Arbeitermassen haben, die von der Arbeitslosigkeit ergriffen wurden. Schon von diesem Zeitpunkte rührt dieser Aufteilungsprozeß in den verschiedenen wirtschaftlichen Schichten her. Man ging dazu über, die Arbeiterschaft aus den Betrieben hinauszuschmeißen, man hat ihr große Entschädigungssummen angeboten, ihr für 3-4 Wochen Lohn gezahlt. Man ist die Arbeiterschaft verhältnismäßig billig aus den Betrieben los geworden. Die Arbeiter gingen mit dem Bewußtsein nach Hause: Du hast jetzt für so und so viel Wochen zu leben, die Arbeits-

losenunterstützung war damals noch verhältnismäßig so, daß die nötigen Lebensmittel gekauft werden konnten, und der Gedanke war doch immer vorherrschend: es wird über kurz oder lang etwas besser werden, denn die Arbeiterschaft war in ihrer Ideologie noch immer von dem Glauben befangen, daß diese kolossale Vernichtung nun zur Folge haben müßte, daß alles ersetzt werden würde. Es mangelte an Maschinen und Gebrauchsgegenständen aller Art, und man redete der Arbeiterschaft vor, daß nun die Wirtschaft in eine Bedarfswirtschaft umgestellt werden würde und daß in allernächster Zeit so viel Arbeit vorhanden sein würde, daß jeder Arm und jeder Kopf gebraucht werden müßte zur Wiederherstellung dessen, was vernichtet worden ist.

Die Arbeitslosigkeit stieg kolossal, und die Wirkung dieser kolossalen Arbeitslosigkeit war wiederum selbstverständlich, daß die Konsumfähigkeit der arbeitenden Schichten weiter herabgedrückt wurde. Wir können nur konstatieren, daß irgendeine Änderung in dieser herabgehenden Linie nicht eingetreten ist. Wir wissen genau, daß die Arbeitslosenfrage nicht innerhalb des kapitalistischen Staates gemildert werden kann. Wir wissen, daß die Arbeitslosen in ihrer großen Masse die Verwirklichung der kapitalistischen Anarchie in ihrer krassesten Form sind, daß sie nun schon die Wirklichkeit der Theorie bedeuten, daß wir an dem Punkte angelangt sind, wo der Kapitalismus an seinen eigenen inneren Widersprüchen zusammenbricht. Sozialismus oder Untergang in der Barberei! Die Arbeitslosen in ihrer großen Masse bedeuten schon ein Stück dieser Barberei. Das Reichsarbeitsblatt schreibt über die Arbeitsverhältnisse am 30. Januar:

"In dem Bilde, das die Arbeitsmarktlage zurzeit bietet, haben sich die düsteren Züge vermehrt und verschärft. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat sich erheblich vermehrt. Sie belief sich ohne Familienangehörige am 1. Dezember auf 349.382, am 1. Januar auf 408.671. Das bedeutet eine Vermehrung um 59.386, also um 17 % " - in einem Monat! Das ist die Zahl derjenigen, die tatsächlich nur Unterstützung beziehen. Es wird dann weiter ausgeführt, daß die Zahl der Unterstützungsempfänger etwa 1/4 aller Erwerbslosen bedeutet und daß alle anderen, also 3/4 der gesamten Erwerbslosen aus irgendwelchen Gründen keine Unterstützung beziehen. Man kommt hier zu dem Schluß, daß, wenn man die Kurzarbeit mit zwei Millionen in Deutschland hinzurechnet, die teilweise schlechter gestellt sind als die unterstützungsberechtigten Erwerbslosen dadurch, daß sie für die wenigen Tage in der Woche doch Kleidung und Licht und auch etwas bessere Nahrung gebrauchen - daß also die Masse, die von dieser Krise in den Abgrund

gerissen zu werden droht, mit ihren Familienmitgliedern usw. die Zahl von 6 Millionen in Deutschland bereits erreicht hat.

Wir müssen uns nun vor Augen halten, Genossen, wie ist es möglich, daß eine derartige Zahl von Arbeitern, die außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft geworfen ist, ihre Kraft nicht erkennt und sich nicht umkehrt und nun von außerhalb den Kampf gegen diejenige Maschine aufnimmt, die sie hinausgeschleudert hat? Wir dürfen nicht verkennen, daß das, was die Arbeiterschaft dazu zwingt, ein sehr gewaltiger Faktor ist. Damals, als man die Arbeiterschaft loskaufte aus den Fabriken und hinausschmiß, war man sich vollständig darüber klar, daß man nun einen Apparat gebrauchte, der die Arbeiterschaft nun in ihrer gesamten Einstellung aufteilt. Und wie damals 1914 die Übermittlung der kapitalistischen Ideologie auf das Proletariat die Gewerkschaften übernommen hatten, so haben auch heute die Gewerkschaften die Aufgabe übernommen, unter den Arbeitslosen dafür zu sorgen, daß diese nicht etwa auf den verdammten Gedanken kommen könnten, nun ihrerseits organisatorisch einen Faktor zu bilden, der gegen die kapitalistische Wirtschaft ausgespielt werden könnte. Man hat die Arbeiterschaft mit den Erwerbslosen eingeteilt in Arbeiter, die bei angestrengtester Arbeit im Akkord arbeiten, die noch ein verhältnismäßig gutes Einkommen haben. Die zweite Gruppe sind die Lohnarbeiter, die nun aber wieder in 5 u. 6 verschiedene Lohnklassen geteilt sind. Es kommen dann die Kurzarbeiter, die nun an der Schwelle sitzen und von dem Gekankten beherrscht werden, sich nun ja nicht zu rühren, damit sie nicht noch weiter herabsinken. Und denjenigen Arbeitern, die draußen sind, gibt man Erwerbslosenunterstützung, oder vielmehr einen Teil davon, während die übrigen dem vollständigen Untergange ausgeliefert sind und nicht bloß von der kapitalistischen Wirtschaft und dem kapitalistischen System ausgestoßen sind, sondern auch vollständig im Stiche gelassen und ausgeschlossen werden von den Organisationen, die eigentlich berufen sind, die Solidarität der Arbeiter aufrecht zu erhalten. Und jede Bewegung, die nun ihre Berufsinteressen in den Hintergrund zu schieben droht, wird als eine Durchbrechung der gewerkschaftlichen Disziplin gebrandmarkt. Wir wissen, daß man die Gewerkschaften funktionieren läßt als eine Zerreißmaschine der proletarischen Solidarität im Interesse des Kapitals, daß man das umzufälschen versucht, wenn jemand diese Zerreißmaschine zertrümmern will und nun wirklich auf Grund der Verhältnisse die Klassensolidarität herstellen will. Und wenn die Arbeiter zu der Erkenntnis kommen, daß sie nur dadurch gezwungen werden, im Gänsemarsch durch diesen Apparat zu marschieren und je-

der an seinem Platz Halt zu machen hat und bei Strafe seines Untergangs als Sklave an dem Schraubstock arbeiten muß - wenn sie nun erkennen, daß das nicht das Richtige ist, sondern daß nur eine Umkehr und ein Rebellionen gegen diesen Apparat die Voraussetzung für die Errichtung der proletarischen Diktatur ist, so wird das als eine gewerkschaftliche Disziplinbrechung gebrandmarkt. Das sind Momente und das ist ein Apparat, der eine Kraft entwickelt hat und besitzt, die wir wirklich nicht unterschätzen dürfen. Dadurch ist einerseits die Solidarität der Arbeiterschaft vollständig durchbrochen und andererseits macht man diejenigen, die nun unten herausmarschieren, die nun schon verlassen und abgetan sind als überflüssig, auch von den Gewerkschaften - die werden bei Strafe ihres Untergangs, bei Strafe des Hungertodes nun zu Lohndrückern direkt gezwungen. Trotzdem muß man immerhin noch sagen, daß die Arbeiterschaft und auch die Masse der Erwerbslosen in Deutschland noch ein ganz gehöriges Stück Solidaritätsgefühl aufgebracht haben, daß sie sich noch nicht mißbrauchen ließen. Es ist schon vielfach versucht worden, durch irgendwelche Parolen die Arbeitslosen einzufangen. Es dreht sich bei dem Kampf um die Sympathie der Arbeitslosen nicht etwa darum, daß irgendjemand den Arbeitslosen etwas Besseres bringt - es ist nur mit revolutionären Phrasen überkleistert. Und wenn die V.K.P.D. den Arbeitslosen vorredet, daß die Eroberung der Gewerkschaften dazu beitragen würde, die Vorbedingungen für die proletarische Diktatur zu schaffen, so ist es doch eine Selbstverständlichkeit, daß, wenn der Apparat in andere Hände übergeht - ob nun aufgebaut auf Berufsgruppen oder Industriegruppen oder auf verschiedenen Berufsverbänden - er als diese Zerreißmaschine, wenn er überhaupt existieren will, in den anderen Händen genau so weiter funktionieren wird. Deswegen ist es unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß jede Parole von der Eingliederung in den Produktionsprozeß eine bewußte Fälschung ist, daß auch da der Massenbetrug an erster Stelle steht, daß von einem Produktionsprozeß in den heutigen Formen absolut nicht gesprochen werden kann, sondern daß das, was wir vor uns sehen, und wofür die Masse der Arbeitslosen schon ein Beweis ist, doch nur als ein Auslösungsprozeß bezeichnet werden kann.

Die Gewerkschaftsbürokratie und alle jene, die nun einmal auf parlamentarischer und gewerkschaftlicher Grundlage fundiert sind, gehen immer von dem Grundsatz aus, daß die Organisation in ihrem eigenen Interesse erhalten werden muß. Sie müssen davon ausgehen, und das kommt überall zum Ausdruck: baut diese Organisation noch aus, verstärkt die Schlagkraft dieser

Organisationen noch. Und man kommt zu dem Schluß, daß diese Schlagkraft der Organisation eventuell einmal gegen die Kapitalisten sich richten könnte. Und allen denjenigen gegenüber, die nun erkannt haben, daß die Klassensolidarität oberstes Gebot ist, macht man alle Anstrengungen, um sie wieder einzufangen, um sie wieder hineinzubekommen in die Reihen der Berufsgruppen. Das ist das Leitmotiv jener Gewerkschaftler aller Schattierungen, um diese, wenn sie einmal so eingeklemmt sind zwischen diesen beiden Stühlen, ohne weiteres tot zu machen.

Auch da wird systematische Arbeit geleistet. Man weiß genau, daß jene 15 Millionen, die vor der Hand überflüssig geworden sind, man nicht mit einem Male opfern kann, sondern daß man da ein System einrichten muß. Das ist so, wie ich schon erwähnte, daß man die Arbeiterschaft zerreißen muß, unten hinausmarschieren lassen und immer denjenigen Teil, der momentan im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft überflüssig geworden ist, absterben läßt - da kräht kein Hund und kein Hahn danach, und der übrige Teil marschiert wieder oben hinein. Es ist selbstverständlich, daß die kapitalistische Entwicklung dem Abgrund zurast und jener Punkt eintreten muß, wo sie an ihren eigenen Widersprüchen zusammenbricht. Die Maschine kann aber noch sehr lange funktionieren, wenn es nicht gelingt, das Klassenbewußtsein der Arbeiter aufzupeitschen und den Arbeitern die Augen zu öffnen von dem, was tatsächlich vorgeht.

Es hat sich im Laufe der Zeit auch unter den Arbeitslosen und hauptsächlich unter den Arbeitslosen Berlins eine starke Strömung bemerkbar gemacht, die gegen ihre arbeitenden Genossen, die dieses System noch stützen, rebellieren. Man hat durch allerhand Parolen die Arbeitslosen viel zu lange hingehalten. Man hat verstanden, in einer revolutionären Situation alle diejenigen, die noch irgendwie als Ableger jener Zerreißmaschine funktionierten, hinwegzufegen. Man hat verstanden, daß auch die gesetzlichen Magistratsräte dazu beigetragen haben, um immer wieder jenen Prellbock zu bilden, der die Arbeitslosen an der aktiven Solidarität mit den Arbeitern hindert. Sie haben sich Aktionsausschüsse gewählt, politische Arbeiterräte, und sie haben den Kampf aufgenommen einerseits gegen die Gewerkschaften und andererseits auch - ob das nun richtig ist oder nicht, wir wissen, daß das nicht zum Ziele führt - die Arbeitslosen erkannten aber da, was ihnen im Wege steht - als damals die gesetzlichen Betriebsräte zusammenkamen, um über die Frage der Arbeitslosen in Berlin irgendwie Beschlüsse zu fassen, da sind die Erwerbslosen eingedrungen und haben eben den gesetzlichen Betriebsräten gedroht, wenn sie nicht bald nun wirk-

lich Farbe bekennen, wohin sie sich schlagen, so werden sie nichts unversucht lassen. Man hat auch damals in dieser historischen Versammlung die Arbeitslosen abzuwimmeln verstanden. Man konnte doch keinen Kampf, was in seinen Grundlinien richtig ist, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen heraufbeschwören. Man hat aber wohlweislich verschwiegen, wen die Ursache trifft, daß die Arbeitslosen letzten Endes gezwungen sind, gegen ein System und gegen die Träger dieses Systems zu rebellieren, die dieses System als ein solches hinstellen, das die Arbeiter vorwärts bringen könnte.

Die Arbeitslosen haben sich dann politische Arbeiterräte gewählt und haben die Parole ausgegeben im Verein mit der K.A.P.D., daß man nun endlich dazu übergehen müsse, die praktische Solidarität mit den Arbeitenden in den Betrieben herzustellen. Auch die V.K.P.D. hat damals die Parole nach Wahlen von politischen Arbeiterräten ausgegeben. Es sind damals in unserer Partei auch Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, ob nun das die Richtige wäre oder ob die Parole der Aktionsausschüsse die gegebene wäre. Daß der Name nichts zur Sache tut, werde ich Ihnen in ganz kurzen Ausführungen beweisen. Die Wahl von politischen Arbeiterräten wurde von den Arbeitslosen zuerst aufgenommen und hat gegen den Willen der Gewerkschaft auch in den Betrieben Wurzel gefaßt. Die Arbeitslosen und die Arbeitenden in den Betrieben sind zusammengekommen und haben sich zu einer Vollversammlung zusammengeschlossen. Bei einzelnen Genossen bestand die Befürchtung, daß die politischen Arbeiterräte nun auch Diskutierklubs werden könnten, wie man sich das in Wirklichkeit von der V.K.P.D. gedacht hatte. Man wollte der Arbeiterschaft, weil die Verschleierung durch die gesetzlichen Betriebsräte und die Verschleierung durch die Gewerkschaften nicht mehr zog, auch in der Weise doch entgegenkommen und wollte ihr auch noch politische Arbeiterräte geben, damit sie nun endlich einmal ihren Willen hat und endlich einmal ruhig ist. Die Arbeitslosen haben das nun falsch aufgefaßt. Die Parole in Bezug auf politische Arbeiterräte, die mit einem fürchterlichen Tammtamm in Szene gesetzt worden ist, hat das Resultat gehabt, daß die erste Vollversammlung aus 67 Genossen unserer Partei, 28 Genossen von der V.K.P.D. und 17 Genossen von der U.S.P.D. bestand. Das war natürlich eine gefährliche Zusammensetzung. Die Arbeitslosen und auch die Arbeitenden in den Betrieben waren nun absolut nicht etwa der Meinung, daß man nun in den Bahnen weiter wandeln müßte, sondern sie sind sich darüber schlüssig geworden, daß der Kampf für die Arbeitslosen in erster Linie ein Kampf gegen die Gewerkschaften und gegen das System ist. (Sehr

gut!) Diesen Kampf haben sie aufgenommen. Und da hat man bezeichnenderweise in ganz kurzer Zeit entdeckt, daß die Parole der politischen Arbeiterräte, die von seiten der V.K.P.D. herausgegeben war, nicht die richtige wäre, weil die Arbeitslosenräte, die zusammengeschlossen waren mit den Arbeitern der Betriebe, wenigstens zu einem kleineren Teile, nun nicht etwa das taten, was man von ihnen verlangte, sondern weil sie wirklich gezwungen waren, revolutionär zu handeln. Und da hat man gesagt, daß die politischen Arbeiterräte und die Aktionsausschüsse vor der Hand noch gar keine Aufgabe hätten, der politischen Situation garnicht entsprächen, und man hat mit dieser Begründung eingestanden, daß man sich in dieser Beziehung geirrt hätte. Und man hat dann von der V.K.P.D. die Genossen vor die Alternative gestellt: entweder tretet Ihr jetzt wieder aus diesem Rätekongreß, aus dieser Vollversammlung aus oder Ihr werdet von der Partei ausgeschlossen. Das war das, während man mit großem Tammtamm damals auf dem Parteitag der V.K.P.D. versprochen hatte, nun mit allen Mitteln die Arbeitslosen zu unterstützen. Und wie wirklich sich Arbeiter gefunden hatten in den Betrieben, wie das Band der Solidarität nun schon Wurzeln gefaßt hatte, da ist man zu dem Schluß gekommen, daß man die Gewerkschaften doch nicht zerstören, sondern daß man diesen Zerreißungsapparat doch erobern wollte. Und die Konsequenz davon war, daß man eben die politischen Arbeiterräte zurückziehen und sich wieder einstellen mußte auf die Tagesfragen, daß man die Arbeitslosen selbstverständlich nicht im Stiche lassen könnte, sondern man müßte nun gewissermaßen irgendwie ihr Los zu erleichtern suchen, man müßte eine Einheitsfront herstellen. Man kommt zu dem Schluß, daß dieses Elend nur gemildert werden könne, wenn die Arbeiterschaft sich zusammenfinde auf Grund des offenen Briefes.

Das ist in kurzen Zügen die Bewegung der Arbeitslosen, die nun gegen das System schon rebelliert haben, die nun schon erkannt haben, daß sie auf dieser Grundlage zweifellos verurteilt sind, dem Hungertod entgegenzugehen.

Wenn wir nun vom Standpunkte unserer Partei dieses eintönige Lied singen müssen und auch singen wollen, so müssen wir uns fragen, welche Stellung nimmt unsere Partei zu diesem Arbeitslosenproblem, das nun auch in Amerika, in England und überall brennend wird? In den Vereinigten Staaten beträgt die Zahl der Arbeitslosen 36 %, in Kopenhagen war eine große Demonstration von 25.000 Menschen. In Rumänien sind 80 - 100.000 Arbeitslose. In England ist die Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrisis auch bis ins Unerträgliche gesteigert. Also die Weltkrise im internationa-

len Ausmaße! Keine Hilfe für die Arbeitslosen! Die Arbeitslosen verurteilt zur Passivität, im Stiche gelassen im Interesse irgendwelcher Organisationsnutznießer, die nun den Arbeitslosen einreden, daß ihr Schicksal nun einmal so begründet wäre. Was haben wir nun den Arbeitslosen zu sagen?

Meiner Ansicht nach muß der Gedanke unter den Arbeitslosen vollständig zum Verschwinden gebracht werden, daß in dieser kapitalistischen Epoche von irgendwelcher Seite ihnen irgendwelche Linderung gebracht werden kann. (Sehr richtig!) Wir verstehen wohl, daß auch große Teile der Arbeitslosen noch irgendwie dadurch gefangen werden können, daß man zur Arbeitslosenfrage Stellung nimmt, daß man da Positionen in den Reichstag einbringt, daß man in den Stadtverordnetenversammlungen irgendwelche Radauszenen inszeniert. Aber es hat sich ja schon in Berlin gezeigt, daß auch das seine Grenzen hat. Und die U.S.P.D. hat nun einmal da den Kommunisten den Gefallen nicht getan und hat den Antrag in Lichtenberg abgelehnt. Man hat sich damit einverstanden erklärt und hat gesagt -und das wird sich auch weiterhin so entwickeln-: ja, wir in der Kommune sind jetzt am Ende unseres Lateins, wir erkennen an, daß der Antrag richtig ist, aber er muß nun eben an das Reich überwiesen werden. Wie sich das Reich dazu stellt, das wollen wir erst einmal sehen. Also es ist alles Gimpelfang übelster Art. Irgendeine Minderheit versucht, ihre günstige Stellung, die sie durch die Minderheit hat, auszunutzen und geht nun dazu über, immer die Schuld auf die Mehrheitssozialisten zu schieben und auf die Unabhängigen; und wenn die Unabhängigen einmal auf diesen klugen Einfall kommen, nun das doch nicht zuzulassen, sondern auch für den Antrag zu stimmen, dann sagt man: ja, das stimmt ja, na nun müssen wir eben weiter an das Reich gehen. Der Gedanke ist selbstverständlich richtig, bloß muß man den Mut haben, den Arbeitslosen gleich von vornherein zu sagen, daß das, was man aufführt, eben nur ein Komödienspiel ist, und daß ihnen nicht geholfen werden kann.

Wenn wir nun schon zu dem Grundsatz kommen, daß die Arbeitslosen in der heutigen Epoche der kapitalistischen Entwicklung zu Tode verurteilt sind, so muß unsere Partei ihre ganze Propaganda -und es wird ein Stück von ihrem Programm sein- und ihre Stellung danach einrichten. Meiner Ansicht nach erwachsen der B.O. die größten Aufgaben. (Sehr gut!) Im Interesse der Klarheit müssen die Massen der Erwerbslosen zu der Erkenntnis kommen, daß sie sich umdrehen und den Kampf aufnehmen, daß sie infolge ihrer zahlenmäßigen Stärke schon den Kampf aufnehmen müssen. Wir können hier nur die Tat dem entgegenstellen. Ich glaube bestimmt, wenn die Be-

triebsorganisation nun all diesen Schwindel entlarvt und alles aufdeckt und all diesen Schwindel an den Pranger stellt und ihrerseits nun dazu übergeht und in den Betrieben die Parole der Arbeitslosen zu der ihrigen macht und in den Betrieben den Arbeitslosen zeigt, daß schon ein Teil der Arbeiter in den Betrieben vorhanden ist, der mit den Arbeitslosen zusammen zu kämpfen gewillt ist, so werden wir ein ganzes Stück vorwärts kommen. Die Betriebsorganisationen müssen nun überall die Arbeitslosen zusammenfassen. Sie müssen überall in den Betrieben die Arbeiter aufklären, daß diese Zerreißmaschine sie sehr bald hinausschleudern wird. Sie müssen ihrerseits die Arbeitslosen vollständig in den Betrieben vertreten und so die Solidarität praktisch in die Betriebe hineinragen.

Auch unsere Partei hat sich darüber klar zu werden, wie sie nun ihrerseits draußen auf die Arbeitslosen einwirken kann. Ich möchte noch vorweschicken, ich halte es für verkehrt, irgendwie dem Gedanken Raum zu geben, daß wir nun diesen Erwerbslosenkongreß auf der Grundlage über das ganze Reich zusammenfassen, der immer, wenn er zusammentritt, seinen Bankrott erklärt, aber wieder zurückkehrt und den Arbeitslosen dann wieder etwas vorredet und in ganz kurzer Zeit wieder zusammentritt und erneut erklärt, daß er am Ende seines Lateins ist. Ich glaube nicht, daß wir nun, wenn wir die Arbeitslosen zu organisieren versuchen, genau in denselben Fehler verfallen dürfen, vielleicht auf der Grundlage der politischen Arbeiter-Räte. Ich denke -und die Genossen werden alle auf dem Standpunkt stehen, und ein anderer Standpunkt ist garnicht möglich-, daß die Lösung der Arbeitslosenfrage selbstverständlich nur die sein kann, daß die Arbeitslosen einen Faktor bilden, der die Vorbedingungen für die proletarische Diktatur schafft. Und diese Vorbedingungen können nur geschaffen werden durch die aktive Solidarität der Arbeitslosen mit den Arbeitenden in den Betrieben. (Sehr gut!) Und wenn man sich so vielleicht von dem Gedanken leiten läßt, daß allein die organisatorische Stärke der Arbeitslosen genügen könnte, sie zusammenzufassen als Arbeitslose, weil die Erkenntnis der Arbeiter in den Betrieben nicht in dem Maße mitschreitet, so werden auch wir zu diesem Schluß kommen müssen, daß wir dann die Arbeitslosen zu politischen Erwerbslosenträten zusammenfassen müssen. Wir würden diesen Weg also nur rein organisatorisch beschreiten und auch organisatorisch fortsetzen und die wirklichen realen Verhältnisse hinter uns zurücklassen; und wir wären dann auch gezwungen, wenn der Erwerbslosenkongreß der politischen Arbeiterräte zusammentritt -ganz gleich, ob er nun den Kampf gegen die wirtschaftlichen Räte führt oder nicht- einzugestehen, daß er